



Gudrun Witter
Tel.: 03681 354-261
e-mail: Gudrun.Witter@statistik.thueringen.de

Gemeindefinanzen in Thüringen 2007

Die Thüringer Städte und Gemeinden sowie die Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften hatten im Jahr 2007 Ausgaben in Höhe von insgesamt 4,4 Mrd. Euro. Diesen standen Einnahmen von 4,6 Mrd. Euro gegenüber.

Aus dem Saldo zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich in der finanzstatistischen Abgrenzung im Jahr 2007 ein Finanzierungsüberschuss von 269 Mill. Euro.

Die Tilgungsraten der Kommunen an den Kreditmarkt lagen mit insgesamt 300 Mill. Euro um 118 Mill. Euro über der Neuaufnahme von Krediten. Der Schuldenstand nach der jährlichen Schuldenstatistik betrug am Ende des Jahres 2 596 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 128 Euro.

Vorbemerkungen

Mit den nachfolgenden Ausführungen soll ein Überblick über das Ergebnis der Kommunalhaushalte im Jahr 2007 gegeben werden.

Basis dafür bilden die Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik sowie der jährlichen Schuldenstatistik, die einen zeitnahen Überblick über die Entwicklung der kommunalen Finanzen vermitteln und eine wichtige Grundlage für wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen bilden.

Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Ausgabe- und Einnahmepositionen der Kommunalhaushalte sowie die Schuldenbewegungen am Kreditmarkt und der aktuelle Schuldenstand.

Die finanzstatistischen Daten werden nach der kommunalen Haushaltssystematik erfasst und aufbereitet.

Zum Berichtskreis gehören alle Städte und Gemeinden sowie die Gemeindeverbände (Verwaltungsgemeinschaften und Landratsämter) des Landes. Grundlage für die Berechnungen je Einwohner bilden die amtlichen Bevölkerungszahlen am 30.6. des jeweiligen Jahres.

Ausgaben und Einnahmen gestiegen

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahr 2007 **Ausgaben** in Höhe von 4 366 Mill. Euro, das waren 1 898 Euro je Einwohner (EW). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Ausgabenanstieg um 61 Mill. Euro oder ein Prozent, der bei rückläufigen Investitions- und Personalausgaben vor allem auf höhere Ausgaben für soziale Leistungen sowie höhere laufende Sachausgaben zurückzuführen ist.

Im gleichen Zeitraum erhöhten sich auch die kommunalen **Einnahmen**. Sie stiegen um 148 Mill. Euro oder 3 Prozent auf 4 635 Mill. Euro (2 015 Euro je Einwohner).

Neben gestiegenen Steuereinnahmen führten u. a. höhere Landeszuweisungen, die die Kommunen zur Finanzierung der ihnen obliegenden Aufgaben, darunter auch der sozialen Leistungen erhielten, zur Erhöhung ihrer Einnahmen.

erneut positiver Finanzierungssaldo

Als Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen errechnete sich ein positiver Finanzierungssaldo von 269 Mill. Euro (2006 = 183 Mill. Euro).

Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände¹⁾

	Gesamtausgaben ¹⁾	Gesamteinnahmen ¹⁾	Finanzierungssaldo (Defizit -, Überschuss +)	
			Mill. Euro	Euro je EW
2005	4 068	4 294	+ 226	+ 96
2006	4 305	4 487	+ 183	+ 79
2007	4 366	4 635	+ 269	+ 117

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

Personalausgaben weiter rückläufig

Auf der Ausgabenseite der Kommunalhaushalte bilden die **Personalausgaben** einen gewichtigen Einzelposten. Sie lagen im Jahr 2007 bei 1 106 Mill. Euro oder 481 Euro je Einwohner. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Rückgang um 3 Mill. Euro festzustellen.

Mögliche Gründe für diese Entwicklung sind auslaufende Maßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsreformgesetzes, die Nutzung von Teilzeitmodellen sowie ein weiterer Personalabbau in den kommunalen Haushalten.

Gemessen an den Gesamtausgaben lag der Anteil der Personalausgaben mit 25 Prozent um einen Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert.

Entwicklung der Beschäftigten und der Personalausgaben in den Kernhaushalten der Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal		2005	2006	2007
Beschäftigte	Anzahl	31 621	31 179	30 979
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Prozent	- 6,6	- 1,4	- 0,6
Personalausgaben	Mill. Euro	1 115	1 110	1 106
Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Prozent	- 3,4	- 0,4	- 0,3

Die Personalausgabenbelastung der einzelnen Körperschaftsgruppen stellte sich wie folgt dar.

Aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion hatten die kreisfreien Städte 23 Prozent ihres Ausgabenvolumens für Löhne und Gehälter aufzuwenden. In den kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften = VG) sowie den Landratsämtern lag die Personalausgabenquote bei 25 bzw. 28 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war das bei den kreisfreien Städten sowie den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften ein Rückgang um einen Prozentpunkt. In den Landratsämtern war dagegen ein Anstieg um einen Prozentpunkt festzustellen.

Im Vergleich der neuen Bundesländer hatten die Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände bei den Personalausgaben je Einwohner mit 481 Euro nach Sachsen (469 Euro) die zweitniedrigsten Kosten. Sie lagen um 36 Euro unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und um 52 Euro unter dem Niveau der Länder des früheren Bundesgebietes. Die Entwicklung der Personalausgaben je Einwohner der neuen Bundesländer wurde durch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung beeinflusst.

Thüringen mit zweitniedrigsten Personalausgaben je Einwohner im Vergleich der neuen Länder

Personalausgaben in Euro je Einwohner

Flächenländer	2005	2006	2007
Sachsen	464	466	469
Thüringen	475	478	481
Mecklenburg-Vorpommern	502	493	493
Brandenburg	576	584	588
Sachsen-Anhalt	599	590	577
neue Bundesländer	517	517	517
früheres Bundesgebiet	537	532	533

Der Anstieg der Personalausgaben je Einwohner setzt sich in allen Gebietskörperschaftsgruppen fort.

Personalausgaben in Euro je Einwohner nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppen	2005	2006	2007	Veränderung 2007 zu 2006 in Prozent
Kreisfreie Städte	495	496	498	+ 0,4
Kreisangehörige Gemeinden (einschl. VG)	280	279	281	+ 0,7
Landkreise	190	193	194	+ 0,5
Gemeinden und Gemeindeverbände	475	478	481	+ 0,6

unterschiedlicher Anstieg der Personalausgaben in den Gebietskörperschaftsgruppen

Neben den Personalausgaben nimmt der **laufende Sachaufwand** im Verwaltungshaushalt der Kommunen eine wichtige Stelle ein. Hierzu zählen u. a. der gesamte sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, Geräte und Ausrüstungsgegenstände, Ausgaben für Mieten und Pachten, Haltung von Fahrzeugen, Schülerbeförderungskosten, Geschäftsausgaben usw.

Im Jahr 2007 mussten die Kommunen dafür insgesamt 775 Mill. Euro aufbringen, im Jahr zuvor waren es 764 Mill. Euro. Dieser Anstieg ist überwiegend auf höhere Unterhaltungskosten für Grundstücke und bauliche Anlagen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens zurückzuführen.

Ausgaben für den laufenden Sachaufwand gestiegen

Für **soziale Leistungen**, wie Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Jugendhilfe, Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen

nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie diverse Zahlungen im Rahmen von Hartz IV wurden im Jahr 2007 durch die Gemeinden und Gemeindeverbände 1 048 Mill. Euro ausgegeben. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Anstieg um 2 Prozent bzw. 18 Mill. Euro.

Bei den Landkreisen und kreisfreien Städten als Träger der Sozialhilfe war, nach einem Rückgang im Jahr zuvor, wieder ein Anstieg der Sozialhilfeausgaben um 15 Mill. Euro auf insgesamt 369 Mill. Euro zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Leistungen der Jugendhilfe lagen mit 127 Mill. Euro um 13 Mill. Euro über dem Vorjahresniveau. Hauptgrund für diese Entwicklung war die Einführung des Thüringer Erziehungsgeldes zum 1.7.2006, welches vom Land gegenfinanziert wird.

Die Leistungen nach dem Gesetz über eine bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stiegen gegenüber dem Jahr zuvor um 6 Mill. Euro und erreichten damit ein Volumen von 46 Mill. Euro.

Für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz wurden mit insgesamt 18 Mill. Euro 2 Mill. Euro weniger gezahlt als im Vorjahr.

Maßgeblich beeinflusst wurde die Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen durch die Zahlungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Form von Leistungsbeteiligungen zum ALG II an die Arbeitsgemeinschaften in Höhe von 396 Mill. Euro (- 6 Mill. Euro) sowie durch direkt gezahlte Leistungen an Arbeitsuchende in Höhe von 65 Mill. Euro (- 7 Mill. Euro).

Die sonstigen sozialen Leistungen, zu denen neben den Ausgaben für Seniorenbetreuung und 1-Euro-Jobs u. a. Zahlungen nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sowie dem Berufsrehabilitationsgesetz gehören, betragen wie im Jahr zuvor 26 Mill. Euro.

Ausgaben für Sachinvestitionen erneut rückläufig

Die Ausgaben für **Sachinvestitionen**, die nach permanenten Rückgängen in den zurückliegenden Jahren im Jahr 2006 erstmals wieder gestiegen waren, wurden im Jahr 2007 wieder zurückgefahren.

Es wurden 27 Mill. Euro weniger investiert als im Jahr zuvor. Insgesamt gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände 668 Mill. Euro für Sachinvestitionen aus.

Davon war bei den Ausgaben für Baumaßnahmen ein Rückgang um 13 Mill. Euro oder 2 Prozent auf insgesamt 591 Mill. Euro zu verzeichnen. Die Ausgaben für den Erwerb von Sachvermögen sanken um 14 Mill. Euro auf 76 Mill. Euro.

In den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen stellt sich die Entwicklung zum Vorjahr wie folgt dar.

Die Ausgaben für Sachinvestitionen sanken in den sechs kreisfreien Städten um 10 Mill. Euro bzw. 8 Prozent. Die Gemeinden einschließlich ihrer Verwaltungsgemeinschaften tätigten Investitionen, die um 8 Mill. Euro (- 2 Prozent) niedriger waren als im Vorjahr. Bei den Landratsämtern war ebenfalls ein Rückgang in Höhe von 8 Mill. Euro (- 8 Prozent) zu verzeichnen.

Ausgaben für Sachinvestitionen in Mill. Euro

	2005	2006	2007
Baumaßnahmen	521	604	591
Erwerb von Sachvermögen	90	90	76
Sachinvestitionen insgesamt	611	694	668
Veränderung zum Vorjahr in Prozent	- 14,7	+ 13,7	- 3,8

Die Sachinvestitionsquote (Ausgaben für Sachinvestitionen gemessen an den Gesamtausgaben) lag im Jahr 2007 bei 15 Prozent. Sie lag damit einen Prozentpunkt bzw. 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer bzw. dem früheren Bundesgebiet.

Von den für Baumaßnahmen verausgabten 591 Mill. Euro entfielen mehr als zwei Drittel (412 Mill. Euro) auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, die übrigen Mittel auf die Landkreise (81 Mill. Euro) und kreisfreien Städte (98 Mill. Euro). Ein Blick auf einzelne Aufgabenbereiche zeigt, dass knapp zwei Drittel der gesamten Bauausgaben für Schulen, Straßen, Städteplanung, die Abwasserbeseitigung und das allgemeine Grundvermögen eingesetzt wurden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind in allen genannten Aufgabenbereichen Rückgänge bei den Bauinvestitionen festzustellen.

Rückgang der Investitionen in allen Bereichen

Ausgaben für Baumaßnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nach ausgewählten Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	2005		2006		2007		Veränderung 2007 zu 2006 in Prozent
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schulen	84	36	75	32	68	29	- 9,7
Städteplanung	88	37	107	46	101	44	- 5,6
Straßen	159	68	176	76	167	73	- 4,7
Abwasserbeseitigung	8	4	8	3	7	3	- 7,5
Allgemeines Grundvermögen	33	14	42	18	41	18	- 2,5
Insgesamt	521	222	604	260	591	257	- 2,2

Die **Steuereinnahmen** als wichtigste originäre kommunale Einnahme beliefen sich im Jahr 2007 auf 992 Mill. Euro. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen lag bei 21 Prozent (NBL = 22 Prozent, früheres Bundesgebiet = 42 Prozent).

Steuereinnahmen in Höhe der Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer

Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) erreichte 23 Prozent (NBL = 23 Prozent, früheres Bundesgebiet = 44 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Steuereinnahmen um 97 Mill. Euro (+ 11 Prozent). Die Entwicklung der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr verlief zwischen den Kommunen unterschiedlich. Während die sechs kreisfreien Städte mit insgesamt 290 Mill. Euro um 9 Mill. Euro (- 3 Prozent) niedrigere Steuereinnahmen als 2006 verbuchten, konnten die kreisangehörigen Gemeinden mit insgesamt 702 Mill. Euro über 106 Mill. Euro mehr einnehmen (+ 18 Prozent).

Gemessen an den anderen neuen Bundesländern nahm Thüringen bei den Steuereinnahmen je Einwohner mit 431 Euro nach Mecklenburg Vorpommern (396 Euro) den vorletzten Platz ein (NBL = 466 Euro; früheres Bundesgebiet = 945 Euro) und erreichte damit erst knapp die Hälfte des Niveaus der alten Bundesländer.

Trotz gesteigener Steuereinnahmen nur vorletzter Platz im Vergleich der neuen Länder

Mit einem Anteil von 47 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt war auch im Jahr 2007 die Gewerbesteuer (netto; das heißt, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) mit 469 Mill. Euro die ergiebigste Steuerart, (+ 43 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr).

Aus Grundsteuern flossen im Jahr 2007 mit 176 Mill. Euro knapp 2 Mill. Euro weniger als im Vorjahr in die Gemeindekassen. Aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nahmen die Gemeinden 262 Mill. Euro ein, 48 Mill. Euro mehr als vor Jahresfrist. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhielten die Kommunen Zahlungen in Höhe von 74 Mill. Euro (+ 8 Mill. Euro).

Mit 11 Mill. Euro oder ein Prozent der Steuereinnahmen nehmen sich die sonstigen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, wie Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Jagdsteuer usw. dagegen eher gering aus, wobei mit 5 Mill. Euro die Hundesteuern und mit 4 Mill. Euro die Vergnügungssteuern heraus ragen.

Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände

Steuerart	2005		2006		2007		Veränderung 2007 zu 2006 in Prozent
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Grundsteuer A + B	177	75	178	77	176	77	- 0,9
Gewerbsteuer (netto)	348	148	426	183	469	204	+ 10,1
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	223	95	214	92	262	114	+ 22,6
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	64	27	66	28	74	32	+ 12,2
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	12	5	11	5	11	5	- 2,3
Insgesamt	823	351	895	385	992	431	+ 10,9

Die **Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb**, zu denen u. a. neben Gebühren-einnahmen und Abgaben auch die Einnahmen aus Mieten und Pachten, Einnah-men aus Verkauf sowie aus Gewinnanteilen und Konzessionsabgaben zählen, sind mit insgesamt 597 Mill. Euro gegenüber dem Vorjahr um nahezu 35 Mill. Euro gestiegen.

Während die Einnahmen aus Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten sowie aus Verwaltungsgebühren um je eine Million Euro sanken, stiegen die Einnahmen aus Verkauf um 10 Mill. Euro an.

Aus Gemeindeanteilen von Unternehmen und aus Konzessionsabgaben nahmen die Kommunen insgesamt 117 Mill. Euro ein, wobei 20 Mill. Euro aus Gewinnanteilen mehr, aus Konzessionsabgaben eine Million Euro weniger in die Gemeindekassen flossen.

Auch aus Mieten und Pachten nahmen die Gemeinden 3 Mill. Euro weniger ein.

Die weiteren Finanzeinnahmen, wie Bußgelder, Säumniszuschläge waren um eine Million Euro höher als im Vorjahr.

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Gemeinden/Gemeinde-verbände

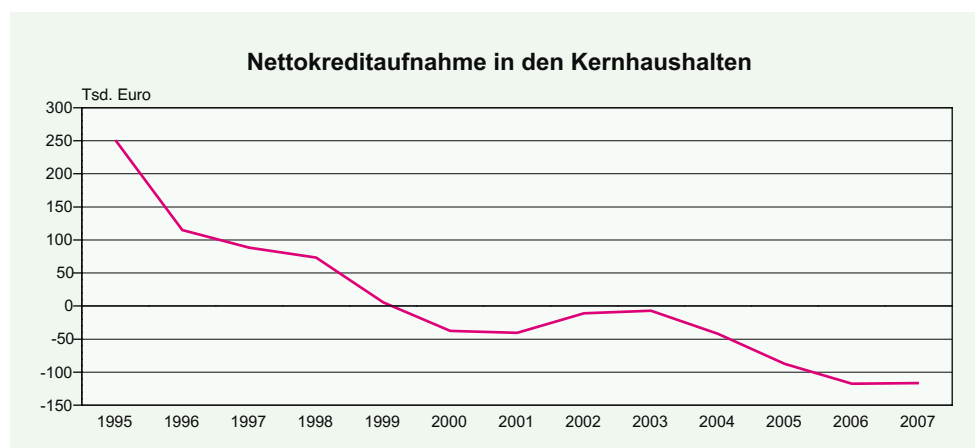
Merkmal	2005		2006		2007		Veränderung 2007 zu 2006 in Prozent
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Gebühren, sonstige Entgelte	279	119	300	129	299	130	- 0,4
Übrige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	164	70	163	70	181	79	+ 10,7
Gewinnanteile, Konzessionsabgaben	108	46	98	42	117	51	+ 19,3
Insgesamt	550	235	562	242	597	260	+ 6,3

Aufgrund der Sparzwänge der Kommunen war auch ein weiterer Tritt auf die „Schuldenbremse“ unerlässlich, was sich deutlich an der Entwicklung der Netto-kreditaufnahme (Schuldenaufnahme am Kreditmarkt minus Schuldentilgung am Kreditmarkt) zeigt.

Die Nettokreditaufnahme belief sich im Jahr 1992 auf 616 Mill. Euro und stieg im Jahr 1993 um weitere 41 Mill. Euro auf insgesamt 657 Mill. Euro an. Von 1994 bis 1998 konnte diese dann sukzessive auf 52 Mill. Euro gesenkt werden.

Im Jahr 1999 lagen die Tilgungsraten erstmals um eine Million Euro über der Neuaufnahme von Krediten. 2007 konnten durch die Thüringer Kommunen wie im Vorjahr bereits 118 Mill. Euro mehr getilgt werden als neue Schulden aufgenommen wurden.

Schuldentilgungen höher als Neuaufnahmen



Der **Schuldenstand** belief sich im Jahr 2007 auf 2 596 Mill. Euro und entsprach damit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 128 Euro.

Die kreisfreien Städte hatten Ende 2007 einen Schuldenstand von 548 Mill. Euro (985 Euro je Einwohner), die kreisangehörigen Gemeinden (einschließlich Verwaltungsgemeinschaften) 1 476 Mill. Euro und die Landratsämter waren mit 572 Mill. Euro verschuldet.

Schulden der Gemeinden/Gemeindeverbände

Schulden	2005		2006		2007		Veränderung 2007 zu 2006 in Prozent
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	243	104	202	87	182	79	- 9,9
Schuldentilgung am Kreditmarkt	324	138	302	130	300	130	- 0,9
Schuldenstand insgesamt	2 823	1 204	2 721	1 171	2 596	1 128	- 4,6
Kassenkredite	82	35	102	44	109	48	+ 7,0

Je Einwohner ergibt sich für die kreisangehörigen Gemeinden bzw. für die Landkreise, unter Zugrundelegung der gleichen Bevölkerungszahl, eine Pro-Kopf-Verschuldung von 846 Euro bzw. 328 Euro.

Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung der Thüringer Gemeinden/GV mit der der anderen neuen Bundesländer zeigt, dass nicht mehr die Thüringer Gemeinden wie noch 1999 die am höchsten verschuldeten waren, sondern die Gemeinden von Mecklenburg-Vorpommern (1 324 Euro) vor den Gemeinden aus Sachsen-Anhalt (1 257 Euro).

Pro-Kopf-Verschuldung im Vergleich der neuen Bundesländer

Danach folgen die Thüringer (1 128 Euro) und dann die sächsischen Gemeinden (976 Euro).

Die Gemeinden Brandenburgs waren am Jahresende mit 653 Euro pro Einwohner verschuldet.

Anstieg der Kassenkredite zur Liquiditätssicherung

Zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten mussten die Gemeinden und Gemeindeverbände zusätzlich Kassenkredite in Höhe von 109 Mill. Euro in Anspruch nehmen, 7 Mill. Euro bzw. 7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die kreisfreien Städte benötigten davon 46 Mill. Euro, 10 Mill. Euro mehr als im Jahr 2006.

Die kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nahmen mit 22 Mill. Euro 8 Mill. Euro weniger in Anspruch als im Jahr zuvor.

In den Landratsämtern wurden mit 42 Mill. Euro über 5 Mill. Euro mehr beansprucht als vor Jahresfrist.

Hoher Stellenwert der Landeszuweisungen

Angesichts der noch relativ geringen eigenen Einnahmen der Kommunen nehmen die **Landeszuweisungen** nach wie vor einen besonderen Stellenwert ein.

Besonders wichtig für die Gemeinden und Gemeindeverbände sind die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie die Investitionszuweisungen. Im Jahr 2007 erhielten die Thüringer Kommunen Zuweisungen und Zuschüsse für laufende und investive Zwecke vom Land in Höhe von insgesamt 2 706 Mill. Euro. Das waren 58 Prozent ihrer Gesamteinnahmen.

Schlüsselzuweisungen des Landes weiter gestiegen

Die an die Gemeinden gezahlten Schlüsselzuweisungen vom Land bildeten mit 1 064 Mill. Euro den größten Posten dieser Zuweisungen. Hier war ein Anstieg zum Vorjahr um 30 Mill. Euro festzustellen. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Investitionszuweisungen vom Land sanken im Jahr 2007 auf insgesamt 422 Mill. Euro und lagen damit um 9 Prozent oder 42 Mill. Euro unter dem Vorjahresbetrag.

Im Jahr 2007 wurden 331 Mill. Euro (Vorjahr 318 Mill. Euro) als Leistungsbeteiligung des Landes im Rahmen von Hartz IV an die Gemeinden und Gemeindeverbände gezahlt.

Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an Gemeinden/Gemeindeverbände

Merkmal	2005		2006		2007		Veränderung 2007 zu 2006 in Prozent
	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	Mill. Euro	Euro je EW	
Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse vom Land darunter:	2 157	920	2 186	941	2 284	993	+ 4,5
Schlüsselzuweisungen	1 067	455	1 034	445	1 064	462	+ 2,9
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung im Rahmen von Hartz IV	306	131	318	137	331	144	+ 3,9
Zuweisungen u. Zuschüsse für Investitionen vom Land	438	187	464	200	422	183	- 9,1
Insgesamt	2 595	1 107	2 650	1 141	2 706	1 176	+ 2,1

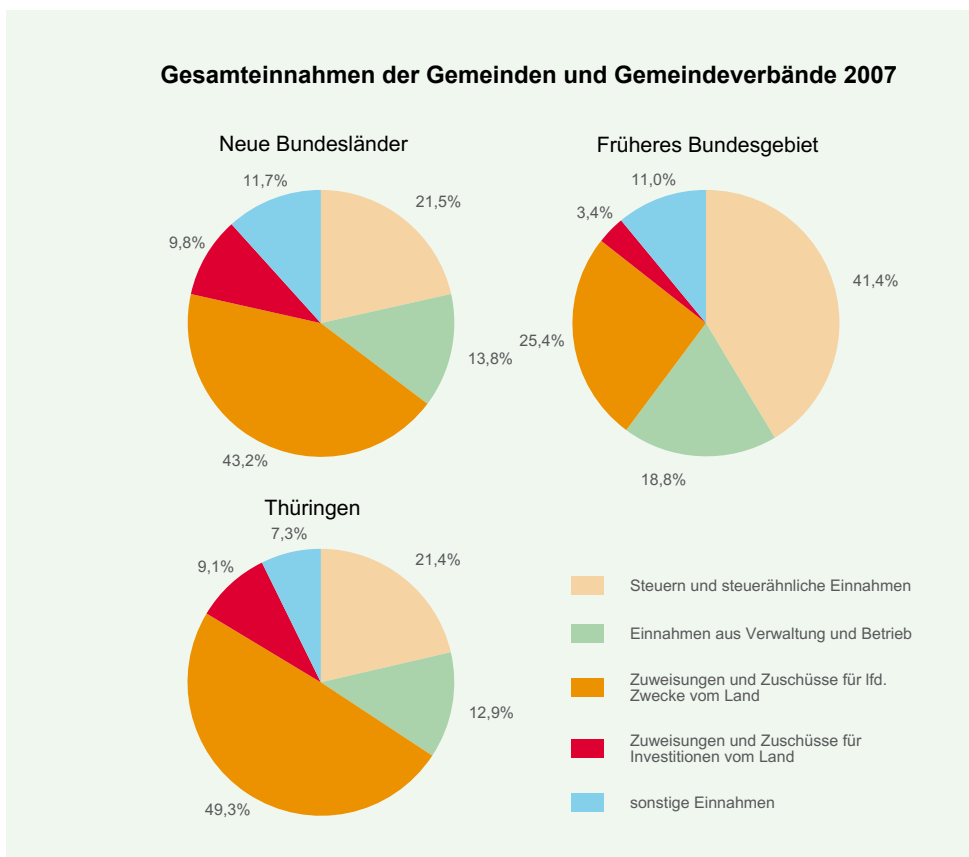
Weitere 889 Mill. Euro wurden als Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Ersätze zum Familienleistungsausgleich, Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts, Bedarfszuweisungen bzw. als sonstige allgemeine Zuweisungen geleistet.

**58 Prozent der
gemeindlichen Ein-
nahmen aus Landes-
zuweisungen**

In Thüringen kommen 58 Prozent der gemeindlichen Einnahmen aus Landeszuweisungen. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer liegt dieser Anteil bei 53 Prozent, in den Ländern des früheren Bundesgebietes entfällt nur ein gutes Viertel auf diese Einnahmequelle. Wesentliche Einnahmequelle der Gemeinden in den Ländern des früheren Bundesgebietes sind die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Einnahmen (42 Prozent der Gesamteinnahmen), die in den neuen Bundesländern noch eine deutlich geringere Rolle spielen (22 Prozent der Gesamteinnahmen).

Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen hat sich in Thüringen seit Mitte der neunziger Jahre von 10 Prozent sukzessive bis auf den heutigen Anteil von 21 Prozent erhöht.

Angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Einnahmen aus Landeszuweisungen resultieren, kann abschließend gesagt werden, dass trotz der allmählich aber stetig wachsenden Steuerkraft den Finanztransfers des Landes an die Kommunen nach wie vor eine große Bedeutung zukommt.



Ausgaben und Einnahmen nach Gebietskörperschaftsgruppen

Ausgabe- und Einnahmearten	Gemeinden und Gemeindeverbände			Davon								
				kreisfreie Städte			kreisangehörige Gemeinden einschl. Verwaltungsgemeinschaften			Landkreise		
	2006	2007	Veränderung 2007 gegenüber 2006	2006	2007	Veränderung 2007 gegenüber 2006	2006	2007	Veränderung 2007 gegenüber 2006	2006	2007	Veränderung 2007 gegenüber 2006
	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%	Mill. Euro		%
Personalausgaben	1 110	1 106	- 0,3	277	277	+ 0,0	493	491	- 0,5	340	338	- 0,4
Laufender Sachaufwand	764	775	+ 1,4	193	202	+ 4,4	300	310	+ 3,4	271	263	- 3,1
Soziale Leistungen	1 029	1 048	+ 1,8	315	327	+ 3,7	8	15	+ 89,9	706	706	+ 0,0
Zinsausgaben	130	125	- 3,4	28	27	- 4,2	71	69	- 3,7	30	29	- 2,0
Sachinvestitionen	694	668	- 3,8	122	112	- 8,3	468	459	- 1,8	105	97	- 7,9
Sonstige Ausgaben	1 027	1 130	+ 10,1	246	259	+ 5,9	645	722	+ 11,8	136	148	+ 9,3
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	449	486	+ 8,1	6	5	- 16,6	100	116	+ 16,2	343	364	+ 6,2
Gesamtausgaben ¹⁾	4 305	4 366	+ 1,4	1 175	1 199	+ 2,1	1 885	1 949	+ 3,4	1 245	1 217	- 2,2
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto)	895	992	+ 10,9	299	290	- 2,9	596	702	+ 17,8	-	-	-
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	2 186	2 284	+ 4,5	566	605	+ 7,0	714	769	+ 7,7	907	910	+ 0,4
davon												
Schlüsselzuweisungen	1 034	1 064	+ 2,9	234	240	+ 2,8	543	559	+ 3,0	257	265	+ 2,9
Bedarfs- und sonstige allgemeine Zuweisungen	399	423	+ 6,0	109	121	+ 11,3	72	85	+ 18,2	217	216	- 0,7
Erstattungen und laufende Zuweisungen	754	798	+ 5,9	222	243	+ 9,4	99	125	+ 26,1	432	430	- 0,6
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	562	597	+ 6,3	149	164	+ 10,0	270	289	+ 6,8	143	145	+ 1,2
Zuweisungen für Investitionen vom Land	464	422	- 9,1	119	97	- 18,7	254	245	- 3,5	90	80	- 11,9
Sonstige Einnahmen	829	825	- 0,5	82	79	- 3,5	252	242	- 4,0	496	504	+ 1,6
Abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	449	486	+ 8,1	6	5	- 19,5	100	116	+ 16,2	343	364	+ 6,2
Gesamteinnahmen ¹⁾	4 487	4 635	+ 3,3	1 209	1 231	+ 1,8	1 986	2 131	+ 7,3	1 293	1 274	- 1,5
Finanzierungssaldo	183	269	+ 47,3	34	31	- 7,0	101	181	+ 80,0	48	57	+ 17,3
Schuldenaufnahme ²⁾												
am Kreditmarkt	202	182	- 10,2	33	34	+ 3,7	134	133	- 0,7	35	14	- 59,6
Schuldentilgung ²⁾												
am Kreditmarkt	302	300	- 1,4	50	56	+ 13,5	190	199	+ 3,4	62	45	- 28,1
Schuldenstand am 31.12. ²⁾	2 721	2 596	- 4,6	570	548	- 3,8	1 549	1 476	- 4,7	603	572	- 5,1

1) ohne haushaltstechnische Verrechnungen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge und bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene

2) Ergebnis nach der jährlichen Schuldenstatistik